

Medienpolitik

200 Franken sind nicht genug

Die medienpolitischen Aktivitäten der SRG Bern Freiburg Wallis standen im letzten Jahr ganz im Zeichen der Volksinitiative «200 Franken sind genug!» (SRG-Initiative). Als Reaktion auf diese Initiative hat der Bundesrat im Juni verkündet, die Radio- und Fernsehgebühr für Privathaushalte von 335 auf 300 Franken zu senken. Dies soll schrittweise erfolgen: ab 2027 von 335 auf 312 Franken und ab 2029 auf 300 Franken. Zudem werden ab 2027 rund 80 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen von der Abgabe befreit. Damit muss die SRG mit Mindereinnahmen von rund 240 Millionen Franken pro Jahr rechnen, was zu einem Abbau von rund 900 SRG-Stellen in allen Regionen führen dürfte. Parallel dazu hat die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats (KVF-N) Ende Jahr mit den Beratungen zur Initiative begonnen. Der Vorstand verfolgt diese Entwicklungen aufmerksam und bereitet sich zusammen mit anderen SRG-Organisationen auf die 2026 erwartete Abstimmung vor.



Michael Bützer
Ressort Medienpolitik

Schlecht fürs Radiostudio, schlecht für die Demokratie

Ausserdem kommunizierte der Bundesrat im September im Rahmen der Sparmassnahmen des Bundes, dass er SWI swissinfo.ch, dem mehrsprachigen Infoportal für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die 18,9 Millionen Franken Fördergelder pro Jahr ersatzlos streichen will. Gegen diesen erneuten Kahlschlag des medialen Service public hat sich die SRG Bern Freiburg Wallis als einzige regionale SRG-Organisation mit einer [Medienmitteilung](#) gewehrt.